

parlamentsreport



Die Plenarsitzung im April endete mit vielen Erfolgen

Wir werfen einen Blick zurück in den Thüringer Landtag

09-2024

3 Wehret den Zuständen:
Gemeinsame Erklärung
zum 8. Mai 2024

8 Ungerechtigkeit bei
Direktversicherungen:
Linke fordert Lösung!

12 Kürzungen bei Jugend
arbeit in Suhl:
Weltzien schockiert

Die Linke Fraktion online



#Wahlomat

35 Parteien treten in Deutschland bei der Europawahl an. 96 Abgeordnete fürs Europaparlament können die Bürger:innen bei der Europawahl 2024 wählen. Der Wahl-O-Mat gibt einen Überblick, welche Positionen die Parteien vertreten und soll bei der Orientierung helfen.

Seit Anfang Mai ist er online aufrufbar. www.wahl-o-mat.de/europawahl2024



#TagderArbeit

Gemeinsam mit vielen Genoss:innen waren die Abgeordneten der Fraktion Die Linke bei Demonstrationen in ganz Thüringen zum 1. Mai 2024. „Klar ist: beim Kampf um gute Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Zeit stehen wir an der Seite der Arbeiter:innen“, so arbeitsmarktpolitische Sprecherin Lena Saniye Güngör.

www.die-linke-thl.de
[linke_thl](https://www.instagram.com/linke_thl)
[Linke_Thl](https://www.facebook.com/Linke_Thl)
[@LinkeThl](https://www.youtube.com/channel/UC...)

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion Die Linke, im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Redaktion: Lisa Hilpert
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler

Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
Web: www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 8. Mai 2024



Vorwort

Bodo Ramelow
Fraktion Die Linke

Liebe Leserinnen und Leser, der 01. Mai liegt hinter uns. Ich weiß nicht, wie Sie ihn verbracht haben. Ich jedenfalls war in Eisenach und Erfurt mit Thüringens Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf der Straße und habe gemeinsam mit ihnen ein starkes Zeichen für faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und ein solidarisches Miteinander gesetzt.

Wir leben in Zeiten, die für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhebliche Unsicherheiten und Herausforderungen bergen. Angesichts einer nach wie vor virulenten Inflation braucht es höhere Löhne – und ja – auch eine gerechte Besteuerung hoher Gewinne und Vermögen. In Thüringen haben wir als Landesregierung gemeinsam mit den sie tragenden Fraktionen und Parteien in unserem Einflussbereich einen wichtigen Schritt in diese Richtung gemacht und einen vergabespezifischen Mindestlohn installiert, der bereits jetzt deutlich über dem gesetzlichen liegt. Für mich ebenso wie für meine Partei ist klar: Ein prosperierendes Land braucht beides – verantwortungsvolle und erfolgreiche Unternehmer, die auf den Weltmärkten konkurrieren können und gleichzeitig zufriedene Arbeitnehmer, die leistungsgerecht bezahlt werden. Fairer Lohn reimt sich auf Wertschätzung. Das bedeu-

tet konkret aber auch, dass wir nach wie vor eine noch wesentlich höhere Tarifbindung in unserem schönen Freistaat brauchen. Es ist nicht an der Landesregierung, hier in die Tarifautonomie zwischen Arbeitnehmervertretung und Arbeitgebern einzugreifen. Aber ich bin stolz darauf, dass meine Partei all denen den Rücken stärkt, die sich für die Interessen der Arbeitnehmer in den Verhandlungen einsetzen.

Wie es gehen kann, haben die Waldkliniken Eisenberg erst kürzlich bewiesen, indem sie einen Tarifabschluss erreicht haben, der als „Eisenberger Tarif“ in die Geschichtsbücher gewerkschaftlicher Kämpfe eingehen wird. Erstmals ist es in fairen und konstruktiven Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gelungen, im Krankenhausbereich einen Abschluss zu erreichen, der die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich festschreibt und sogar noch Lohnsteigerungen beinhaltet. Als ich in der vergangenen Woche gemeinsam mit dem ver.di-Vorsitzenden Frank Werneke vor Ort war, habe ich von den Beschäftigten immer wieder einen Satz gehört: „Wir dürfen hier arbeiten!“ Diese wenigen Worte zeigen eindrücklich, was es für das Arbeitsklima bedeutet, wenn man wertschätzende und gute Arbeit ermöglichen kann. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Am 01. Mai. An jedem Tag des Jahres. Und auch im Landtagswahlkampf 2024!

Alles Gute! Ihr Bodo Ramelow

Tag der Befreiung

Gemeinsame Erklärung zum 8. Mai 2024

Anlässlich des 8. Mai, dem Gedenktag an das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa und der Befreiung vom Nationalsozialismus, erklären die Landesvorsitzenden der Partei Die Linke Thüringen, Ulrike Grosse-Röthig und Christian Schaft sowie der Vorsitzende der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, Steffen Dittes:

Die Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 jährt sich zum 79. Mal und markiert das Ende des dunkelsten Kapitels der deutschen Geschichte und den militärischen Sieg über die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten. Ohne den vielfältigen Widerstand in den von Nazi-Deutschland besetzten Gebieten und Einsatz der Alliierten weltweit wäre eine Zukunft in einer demokratischen Gesellschaft nicht möglich gewesen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse mahnt uns dieser Tag, dass Frieden und Freiheit keine Selbstverständlichkeiten sind und bleiben, sondern Werte, die es jeden Tag aufs Neue zu verteidigen gilt. Die Verpflichtung, uns an jedem Tag für Frieden einzusetzen und gegen Antisemitismus, Rassismus und jede Form von Diskriminierung zu engagieren, ist heute aktueller denn je. Die Zahl der Übergriffe von der extremen Rechten auf alle, die nicht in ihr Weltbild passen, rassistische und antisemitische Straftaten und die tägliche Verächtlichmachung der Demokratie und einer vielfältigen Gesellschaft zeigen: Längst gilt nicht mehr „Wehret den Anfängen“, sondern „Wehret den Zuständen!“.

Weltweit wächst die Unsicherheit,

denn die Bereitschaft, Konflikten kriegerisch zu begegnen und geopolitische Interessen gewaltsam durchzusetzen, hat wieder zugenommen. Den 8. Mai ernst nehmend, muss die Beilegung von Kriegen vor dem Erreichen einer Eskalation wieder Gebot der Zeit sein und imperialistische Bestrebungen einzelner Staaten von der Weltgemeinschaft geschlossen zurückgewiesen werden.

Es ist eine Verantwortung, die sich aus der lebendigen Erinnerung ergibt und aus der heraus wir sicherstellen müssen, dass sich die Gräueltaten der NS-Zeit niemals wiederholen. Mehr als 70 Millionen Menschen wurden getötet. Es gilt,

das Gedenken an die Millionen Toten im Krieg, die verschleppten, verfolgten und ermordeten Jüd:innen, Sinti und Roma:nja, Menschen mit Behinderungen, Homosexuellen und die NS-Gegner:innen aus Parteien, Gewerkschaften und Kirchen wach zu halten. Der 8. Mai markiert den Sieg von Menschlichkeit, Frieden und Demokratie in Europa sowie einen Auftrag für die Gegenwart. Mit Blick auf den 80. Jahrestag der Befreiung im nächsten Jahr fordern wir, dass das Europaparlament den 8. Mai europaweit zu einem Gedenk- und Feiertag erklärt, so wie es beispielsweise schon in Frankreich, Tschechien und der Slowakei gelebt wird.

8. Mai: Tag der Befreiung

Wehret den Zuständen!

Die Linke

Fraktion im
Thüringer Landtag

www.die-linke-thl.de · @linke_thl

Plenum im Thüringer Landtag

Rückblick auf die Sitzung im April 2024



Die Plenarsitzung im April endete mit vielen Erfolgen. In den drei Tagen im Thüringer Landtag wurden wichtige Entscheidungen getroffen, die die Zukunft des Bundeslandes Thüringen positiv beeinflussen werden.

Eine kurzes Resümee

Die Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag setzt ein klares **Zeichen für Selbstbestimmung**, insbesondere beim Thema Schwangerschaftsabbruch. Es ist höchste Zeit, Schwangerschaftsabbrüche zu entkriminalisieren. Der Paragraph 218 des Strafgesetzbuchs schränkt die körperliche Selbstbestimmung von Schwangeren massiv ein – das muss sich ändern. Eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung steht hinter der Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. 80 Prozent der Menschen in Deutschland sind der Ansicht, dass die geltende Gesetzgebung falsch

ist. Wir kämpfen dafür, dass der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen legal, kostenfrei und flächendeckend sichergestellt wird. Außerdem müssen Beratungsangebote für ungewollt Schwangere verbessert und leichter erreichbar gemacht werden. Thüringen wird sich entschieden für diese Ziele im Bund einsetzen.

„Ein wichtiger Schritt für Thüringen! **Die beschlossenen Neuregelungen in unserer Verfassung** bedeuten eine spürbare Verbesserung für uns alle“, so Anja Müller, Abgeordnete der Fraktion Die Linken. *Mehr dazu auf den Seiten 8-9*

Ein weiterer Schwerpunkt war die Novellierung des Thüringer Schulgesetzes. Mit einem verstärkten Fokus auf Praxisorientierung, Digitalisierung und der Unterstützung durch pädagogische Assistent:innen und Verwaltungsassistent:innen soll das Bildungssystem weiterentwickelt werden.

Ein wichtiger Beschluss betraf die **Steuerung des Ausbaus der Windenergie**. Dabei wurde eine Änderung des Landesplanungsgesetzes verabschiedet, um die In-

teressen der Anwohner:innen zu berücksichtigen und erneuerbare Energien zu fördern.

Mit Blick auf die bevorstehende **Schwimmbadsaison** wird kleinen Kommunen mit weniger als 20.000 Einwohner:innen unter die Arme gegriffen. Mit einer finanziellen Unterstützung von 5 Millionen Euro sollen steigende Energiekosten abgedeckt und das Schulschwimmen, das Vereinsleben sowie die Gesundheitsvorsorge vor Ort gesichert werden.

Darüber hinaus wurden **Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheitsversorgung** auf den Weg gebracht. Der Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Krankenhausgesetzes wurde verabschiedet.

Trotz der Minderheitsregierung von Rot-Rot-Grün konnte die Thüringer Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode wichtige Fortschritte erzielen. „Wir werden weiter für eine gerechte und nachhaltige Zukunft kämpfen“, erklärte der Fraktionsvorsitzende Steffen Dittes am Rande des Plenums.

Schulgesetz stärkt Praxisorientierung

Nach der vom Landtag beschlossenen Änderung des Schulgesetzes erklärt Torsten Wolf, Sprecher für Bildungspolitik der Fraktion Die Linke: „Das auf den Weg gebrachte neue Schulgesetz ist ein wichtiger Schritt für notwendige Veränderungen: Mehr Praxisorientierung, digitales Lernen und bessere individuelle Förderung werden Realität.“ Der Abgeordnete weiter:

„Auch wenn wir uns weitergehende Regelungen vorstellen können, ebnet der Kompromiss, den wir mit der CDU und FPD gefunden haben, den Weg für eine Wiedereinführung des polytechnischen Lernens, eine Stärkung des digitalen Lernens und damit für eine Modernisierung der Lehrinhalte. Zudem wird die Unterstützung individueller Förderung durch zusätzliche pädagogische Assistentinnen und Assistenten ermöglicht“, unterstreicht Wolf abschließend.



Fest an der Seite der Krankenhäuser



Während der Landtagssitzung im April wurde eine Krankenhausnovelle für Thüringen beschlossen.

Diese soll die notwendigen Strukturen schaffen, um die Krankenhausreform der Bundesebene

reibungslos in Thüringen implementieren zu können. Der gesundheits- und pflegepolitische Sprecher der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, Ralf Plötner, begrüßt diese frühzeitige Strukturanpassung:

„Mit der Krankenhausnovelle schaffen wir die Voraussetzungen, die vom Bund zur Reform des Krankenhausesektors angedacht sind. Die Frage der Vorhaltefinanzierung wird nun endlich damit angegangen. Denn die Kliniken brauchen verlässliche Finanzierungszusagen. Sie müssen wissen, ob sie finanziell dazu in die Lage gebracht werden, freie Betten vorzuhalten. Das System der Fallpauschalen hat genau dies eben nicht gefördert, sondern die Kranhen-

auskapazitäten jahrelang kaputtgespart.“ Der Abgeordnete Ralf Plötner schließt ab: „Ein Wermutstropfen dabei ist, dass das Bundesgesundheitsministerium das Krankenhaustransparenzgesetz der eigentlichen Krankenhausreform vorgezogen hat. Damit entsteht Unsicherheit bei den Krankenhausgesellschaften bezüglich einer auskömmlichen Finanzierung. Die Fraktion Die Linke steht im Gegensatz zum CDU-geführten Land Sachsen, wo die Kliniken noch stärker finanziell bedroht sind, fest an der Seite der Krankenhäuser. Deshalb haben wir einen Rettungsschirm über 100 Millionen für die Thüringer Krankenhäuser aufgespannt.“

Neuregelungen in der Verfassung beschlossen



Die Verfassungsänderungen in Thüringen bringen spürbare Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger des Landes.

Anja Müller, Sprecherin für Demokratie- und Verfassungsfragen der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, betont die positiven Auswirkungen wie die stärkere Förderung des ehrenamtlichen Engagements, die Verbesserung der Kommunal Finanzen, die Aufnahme des Nachhaltigkeitsprinzips und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen. Von der Förderung des ehrenamtlichen Engagements profitieren unterschiedliche Bereiche wie Feuerwehren, Sportvereine, Kulturinitiativen und soziale

Hilfsprojekte. Das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse ist entscheidend, um soziale Spaltungen zu überwinden. Das Prinzip der Nachhaltigkeit umfasst verschiedene Teilthemen wie soziale, ökologische und gesellschaftspolitische Aspekte, wodurch der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt wird. Auch die Änderungen der europäischen Regeln in der Verfassung werden die Mitwirkung der Menschen in den Regionen stärken. Die erfolgreiche Verfassungsänderung mit Zweidrittelmehrheit zeigt die Handlungsfähigkeit der Demokratie auch in schwierigen Situationen. Das stärkt die Demokratie und hilft den Menschen in Thüringen. Anja Müller betont, dass der Verfassungsausschuss des Thüringer Landtags grünes Licht für die Ver-

fassungsänderungen gegeben hat. Dies sei ein lang ersehnter Durchbruch nach intensiven Verhandlungen. Wichtige Bausteine wie die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Bereichen der Gesellschaft und die verstärkte Förderung des Ehrenamtes werden fest verankert.

Besonderer Dank gelte dem Bündnis „Verfassungsreform - Jetzt“, bestehend aus 21 Verbänden und Organisationen, für seinen maßgeblichen Beitrag zur Weiterentwicklung der Thüringer Verfassung. Auch wenn nicht alle Forderungen umgesetzt werden konnten, setzt sich Die Linke weiterhin für die Stärkung der Bürgerrechte sowie der Rechte von Menschen mit Behinderungen und Jugendlichen ein.



Fördern, schützen und unterstützen

Was sich durch die Verfassungsänderung verbessert

Im Interview mit Anja Müller, Sprecherin für Verfassung, Demokratie und Petition.

Parlamentsreport:

Was wird sich mit der Verfassungsänderung für die Thüringerinnen und Thüringer ändern?

Anja Müller:

Durch die Aufnahme des Ehrenamts in die Thüringer Verfassung müssen wir es fördern, unterstützen und schützen. Das heißt, wir müssen dafür sorgen, dass ausreichend Geld für das Ehrenamt zur Verfügung gestellt wird. Und wir schützen sie durch verschiedene Möglichkeiten, sei es Polizei, Feuerwehr etc. Wir haben jetzt den Auftrag dazu, unabhängig davon, welche Landesregierung dran ist. Das steht in der Verfassung. Die haben sozusagen ein einklagbares Recht, das ausreichend ist.

Parlamentsreport:

Wieso hat es so lange gedauert, bis wir die Verfassung ändern konnten?

Anja Müller:

Die Verfassung beschreibt und regelt sozusagen das Leben in Thüringen. Und der Landesgesetzgeber hat Anfang 1990 festgelegt: Für eine Verfassungsänderung braucht es immer Zweidrittel aller Abgeordneten im Thüringer Landtag. Das ist eine große Hürde, denn die Verfassung ändert man nicht alle Tage. Und dadurch hat es natürlich gedauert, bis man mit fünf Parteien fünf Fraktionen die Gespräche geführt hat. Man musste viel mehr miteinander reden, viel mehr miteinander diskutieren in den Ausschüssen. Deshalb hat es gedauert.

Parlamentsreport:

Aus der Zivilgesellschaft gab es ein breites Bündnis, das sich ebenso für die Veränderung eingesetzt hat. Das zeigt doch, dass Bürger:innen tatsächlich etwas mitbewirken können.

Anja Müller:

Das Bündnis „Verfassungsreformen jetzt!“ hat sich zusammengeschlossen, als es unter den Fraktionen ein wenig knisterte. Und da hat sich das richtig großartige Bündnis aus 21 große Thüringer Organisationen zusammengefunden und dazu beigetragen, dass alle wieder an einen Tisch kommen. Und da sage ich auch hier noch mal ein richtig dickes Dankeschön. Gerade in einer Zeit, in der die Leute immer sagen, wir können sowieso nichts ändern, ist das ein demokratisches Signal. Wenn sich Zivilgesellschaft auf den Weg macht und mit allen redet, kann man auch etwas erreichen. Ein wichtiges Signal!

Parlamentsreport:

Sind alle zufrieden oder gibt es noch was, was weiter verfolgt werden soll? Bleibt es jetzt bei der Verfassung oder wird sich noch mal was ändern?

Anja Müller:

Ja, also theoretisch haben wir innerhalb der Verfassung nicht alles umsetzen können und auch das Bündnis nicht. Einer der Forderungen, die wir als Linke auch mitunterstützt haben, war natürlich der Ausbau der direkten Demokratie. Das heißt, wir wollen, dass Menschen in Thüringen auch über Geld entscheiden können. Auch andere Dinge hätten wir und auch die Mitglieder des Bündnisses mit eingebunden. Deswegen, und das weiß ich schon, wird es demnächst auch

„Gerade in einer Zeit, in der die Leute immer sagen, wir können sowieso nichts ändern, ist das ein demokratisches Signal.“

Zur Arbeit des Bündnisses „Verfassungsänderung jetzt!“



Anja Müller
Sprecherin für Verfassung

Ungerechtigkeit bei Direktversicherungen

Die Linke fordert endlich Lösung

Die Direktversicherungsgeschädigten Thüringen haben sich erneut versammelt, um auf eine seit zwei Jahrzehnten bestehende Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen. Vor Ort war die Sozialpolitikerin und Abgeordnete der Fraktion Die Linke, Karola Stange. Sie richtete bewegende Worte an die Demonstrierenden und formulierte dringende Maßnahmen zur Lösung des Problems.

Das 2004 eingeführte Modernisierungsgesetzes sieht vor, dass Bezieher:innen von Kapitalauszahlungen oder Betriebsrenten den vollen Beitrag zur Pflege- und Krankenversicherung zahlen müssen. Durch das rückwirkende Inkrafttreten zahlen alle Direktversicherte und Menschen mit Betriebsrenten mit Abschluss vor der Gesetzesverabschiedung, die Versicherungsbeiträge doppelt, einzelne sogar dreifach. Diese Doppel- oder Mehrfachverbeitragung führt dazu, dass viele Betroffene erhebliche finanzielle Einbußen hinnehmen müssen. Ein Rechenbeispiel mit Beiträgen der Techniker-Krankenkasse verdeutlicht das Ausmaß der Problematik: Bei einer Kapitalauszahlung von 100.000 Euro und einer Auszahlungszeit von 10 Jahren fallen durch die Mehrfachverbeitragung über 15.000 Euro an Beiträgen weg. Dies ist für viele Betroffene eine immense Belastung. Durch den massiven Druck der Betroffenen und der Linken im Bund gab es bisweilen nur vereinzelt kleine Entlastungen gab, etwa durch die Einführung eines monatlichen Freibetrags. Der Freibetrag gilt jedoch nur für die Kran-

kenversicherung und nicht für die Pflegeversicherung, auch er ist bei Weitem nicht ausreichend, um die finanziellen Einbußen auszugleichen. Die Kernproblematik bleibt damit bestehen. Die mehrmals öffentlich geäußerten Versprechen der Bundesregierung, eine Lösung zu finden, wurden bislang nicht eingehalten.

Die Linke fordert deshalb eine Reihe von Maßnahmen, um eine gerechte Lösung zu erreichen:

1 Kein Sozialversicherungsbeitrag für Direktversicherungen vor 2004: Personen, die Direktversicherungen vor 2004 abgeschlossen haben, sollen von Sozialversicherungsbeiträgen befreit werden.

2 Halber Beitragssatz für höhere Renten: Personen, deren Rente oberhalb des Freibetrags liegt, sollen nur den halben Beitragssatz zahlen müssen.

3 Freibetrag auch für die Pflegeversicherung: Der Freibetrag soll auch auf die Pflegeversicherung angewandt werden.

4 Anhebung des Freibetrags und Ausweitung der Beitragszahlung auf 240 Monate: Der Freibetrag soll er-

höht und die Beitragszahlung auf 240 Monate ausgeweitet werden.

Bereits 2019 hat die Linke im Bundestag einen entsprechenden Antrag eingebracht, der jedoch keine Mehrheit fand. Die Regierung um Bundeskanzler Scholz zeigt bisher wenig Engagement, eine wirkliche Lösung für das Problem zu finden. Stattdessen scheint sie mit leeren Versprechungen zu agieren, während dringende soziale Fragen unbeantwortet bleiben. „Ich sage: Wenn Aufrüstung in schwindelerregender Höhe möglich ist, dann gibt es auch genügend Mittel, um Gerechtigkeit bei der Mehrfachverbeitragung herzustellen! Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg“, appellierte die Abgeordnete Stange vor Ort. Sie richtete zudem besondere Grüße von Ministerpräsidenten und Abgeordneten Bodo Ramelow aus und danke den Direktversicherungsgeschädigten für ihren jahrelangen Einsatz. „Ich kann Ihnen versichern, wir als Die Linke werden weiterhin die uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um ein Ende der Doppelverbeitragung zu erreichen.“



Falsche Debatte zu Kriminalität

Menschen ohne deutschen Pass unter Generalverdacht gestellt

Foto: Kira/www.pikabay.de

Noch bevor vor einigen Wochen die jährlichen Kriminalitätsstatistiken der Polizei von Bund und Land vorgestellt wurden, begann die öffentliche Debatte über die kriminellen Ausländer. Aus einer Flut von Zahlen wurde einzig herausgepickt, dass die Kennziffern der Kriminalität unter denjenigen Menschen ohne deutschen Pass besonders hoch seien. Bedauerlicher Weise übernahmen selbst sonst seriös recherchierende Medien die Erzählung vom kriminellen Ausländer, eingepackt in eine Geschichte, die allen Deutschen endgültig klarmachen sollte, dass man als Deutscher im eigenen Land nicht mehr sicher sei.

Wer sich die Zahlen aus dem Jahresbericht für 2023 vor allem für Thüringen genau anschaut, stellt fest, dass es tatsächlich einen starken Anstieg von Straftaten im Bereich des Diebstahls, vor allem schwere Einbruchsdiebstähle in Wohnungen und Häuser gegeben hat. Eingebettet in die Erzählung, dass „die Ausländer“ die Kriminalität nach oben

getrieben hätten, müssten alle plötzlich Angst haben, in den eigenen vier Wänden von „den Ausländern“ ausgeraubt zu werden. Tatsächlich wurden diese Delikte aber zu 85 Prozent von Deutschen begangen, wenn man auf die ermittelten Tatverdächtigen blickt. Man könnte also auch attestieren, dass in der Wirklichkeit die Gefahr von „den Deutschen“ ausgeht.

Mal ganz davon abgesehen, dass die Kriminalitätsstatistik eine sogenannte Ausgangsstatistik ist. Das bedeutet, dass nur die Fälle in die Statistik eingehen, die im Jahr 2023 von der Polizei ermittelt wurden und an die Staatsanwaltschaften abgegeben wurden, die dann prüfen, ob ein Verfahren am Gericht eingeleitet wird. Erstens sagt die Statistik also nichts darüber aus, wann die Tat geschehen ist. Es ist nämlich möglich, dass beispielsweise eine Häufung von bestimmten Straftaten schon vor einigen Jahren passierte, aber erst 2023 die Verdächtigen ermittelt werden konnten. Und wenn einzelne Verdächtige in Verdacht stehen, mehrere Straftaten verübt zu haben, treibt das eben die Statistik im betreffenden Jahr nach oben. Zweitens sagt die Kriminalitätsstatistik nichts über die tatsächliche Schuld der Verdächtigen aus, weil hierüber die zu-

ständigen Justizbehörden entscheiden. Und schließlich verunmöglicht ein verengter Blick auf die Nationalität von Tatverdächtigen, dass ganz andere Faktoren darüber entscheiden, wer straffällig wird und wer nicht: insbesondere den sozioökonomischen Status und die Bildungsteilnahme. Rund 75 Prozent aller Verdächtigen in Thüringen waren im übrigen Männer. Letztlich unterscheidet die Statistik nicht, welchen weiteren Status die sogenannten nichtdeutschen Tatverdächtigen haben. Flüchtlinge werden ebenso unter Ausländer „verbucht“ wie Touristen aus dem Ausland und EU-Staatsbürger:innen, die im Rahmen der EU-weiten Freizügigkeit in der Bundesrepublik leben und arbeiten dürfen.

Abschließend erlaube ich mir einen Blick in die Kriminalitätsstatistik von Österreich 2022. Aufschlussreich ist dort ein Blick in die Kriminalitätsstatistik für den Bereich der verdächtigen Ausländer. In Österreich rangiert Rumänien auf Platz 1, dicht gefolgt von Deutschland. Erst mit weitem Abstand folgen Tatverdächtige aus der Türkei und Ungarn. In den Ländern Salzburg, Tirol und Vorarlberg bildet Deutschland sogar die größte Gruppe der kriminellen Ausländer. *Sascha Bilay*

Gemeinsam für ein solidarisches und friedliches Europa!

Anlässlich des Europatages am 9. Mai erklärt Markus Gleichmann, europapolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag:

„In den letzten zwei Jahren ist deutlicher denn je geworden, dass die Werte der Solidarität und des Friedens grundlegend für die Zukunft Europas sind. Angesichts der Herausforderungen, insbesondere des anhaltenden Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine, müssen wir uns umso mehr für diese Werte einsetzen.“

Die Linke im Thüringer Landtag bekräftigt ihren Einsatz für soziale Gerechtigkeit und Solidarität in Europa. „Der Europatag muss als Chance genutzt werden, gemeinsam für ein solidarisches und friedliches Europa einzutreten. Nur durch gemeinsame Anstrengungen können wir dafür sorgen, dass die Europäische Union demokratischer, sozial gerechter und ökologischer und damit eine Union für uns alle wird“, betont Gleichmann. Gerade die europäischen Regionen und ihre Zusammenarbeit seien für den Fortschritt Europas von großer Bedeutung. „Die Stärken und Kompetenzen der Regionen sind entscheidende Faktoren für die Weiterentwicklung der EU. Deshalb setzen wir uns im Ausschuss der Regionen aktiv dafür ein, dass die Regionen eine stärkere Stimme und damit mehr Mitsprache auf europäischer Ebene erhalten“, betont

Gleichmann, der den Freistaat in diesem Ausschuss vertritt. Gleichzeitig macht Die Linke im Thüringer Landtag deutlich, dass der Kampf gegen Steuerflucht und die extrem ungleiche Vermögensverteilung sowie die Ablehnung der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge zentrale Bestandteile einer linken politischen Agenda auf europäischer Ebene sind. „Wir dürfen auch nicht die Augen davor verschließen, dass eine Festung Europa, die das Mittelmeer zum Massengrab macht, mit unseren europäischen Werten unvereinbar ist“, so Gleichmann weiter.

„Vor diesem Hintergrund ist der Europatag jedes Jahr eine Gelegenheit für alle Bürgerinnen und Bürger, sich aktiv in den europäischen Diskurs einzubringen und gemeinsam für eine gerechte Zukunft Europas einzutreten“, so Gleichmann abschließend.

Europa und Thüringen am Scheideweg - Demokratie, Freiheit, Rechtsstaat in Gefahr?

Am 28. Mai 2024, 18:30 Uhr laden die Fraktionen von Die Linke, SPD und Bündnis 90 / Die Grünen zur gemeinsamen Veranstaltung in den Veranstaltungsort FRANZ MEHLHOSE in Erfurt ein.

**Anmeldung unter:
anmeldung@die-linke-thl.de**

**„Der Europatag
muss als Chance
genutzt werden,
gemeinsam für ein
solidarisches und
friedliches Europa
einzutreten.“**



Markus Gleichmann
Europapolitischer Sprecher

Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle auch in Thüringen

Abgeordnete besuchen Endlager Morsleben

Tausende Kubikmeter hochradioaktiver Abfälle müssen zukünftig in der Bundesrepublik Deutschland sicher und dauerhaft endgelagert werden. Dafür wurden sogenannte Teilgebiete mit grundsätzlich möglichen geologischen Voraussetzungen untersucht, darunter auch Jena und Umgebung, insgesamt etwa 54 Prozent der BRD. Daraus werden dann unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit geeignete Standortvorschläge vertieft untersucht und entwickelt. Dies wird im Zeitraum bis ca. 2027 geschehen. Alte Bergwerke kommen dafür nicht in Frage, ihre Bedingungen sind viel zu problematisch.

Die Abgeordneten der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag Markus Gleichmann, Donata Vogelschmidt, Ralf Kalich und Gudrun Lukin sowie der wiss. Mitarbeiter der Fraktion Die Linke Frithjof Isenberg besuchten deshalb am Anfang April 2024 das Endlager Morsleben in Sachsen-Anhalt, um sich über den Prozess, die bisherigen Ergebnisse und Probleme bei der Endlagersuche genauer zu informieren. Morsleben, 1971 mit einer Teilgenehmigung als Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle der ehemaligen DDR eingerichtet, wurde später bis 1998 auch für die Einlagerung von Atommüll aus den alten Bundesländern genutzt. Seit der Stilllegung wird es aufwendig stabilisiert. Derzeit wird es im Offenhaltungsbetrieb geführt. In dem ehemaligen Kali- und Steinsalzbergwerk wurden zahlreiche Verfahren zur Einlagerung, zum Einschluss und zur sicheren Abdichtung sowie zur Erprobung geeigneter Materia-

lien und Verfahren erprobt und getestet. Die an der Exkursion teilnehmenden Experten informierten die Abgeordneten über den langwierigen Prozess der Endlagersuche, die entsprechenden Arbeitsfortschritte, die Notwendigkeiten und Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung sowie über den Stand der derzeitigen Endlager für schwach- und hochradioaktive Abfälle. Auch in Thüringen liegen zahlreiche mögliche Standorte in

den in Frage kommenden Teilgebieten, einige wurden von vornherein ausgeschlossen. Auch deshalb wird das BASE-Infomobil zur Endlagersuche am 27. - 28. Mai in Jena in der Rathausgasse Einblicke in Suchverfahren und Bürgerbeteiligung geben und sich der Diskussion stellen. Dieses Umweltprojekt wird sicher viele Fragen und Probleme aufwerfen.
Gudrun Lukin





Ab dem kommenden Jahr müssen die Mittel für die Jugendarbeit in Suhl drastisch gekürzt werden. Als direkte Folge steht jeder dritte Jugendklub vor dem Aus. Diese Entscheidung des Stadtrates hat weitreichende Folgen für die betroffenen Kinder und Jugendlichen, aber auch für die Mitarbeiter:innen der Einrichtungen.

Suhl ist bekannt als die „älteste Stadt Deutschlands“ mit einem Durchschnittsalter der Bevölkerung von 50,3 Jahren. Und Suhl ist bekannt als die Stadt, die nach der Wende so viele Menschen verloren hat wie keine andere. Arbeitsplätze verschwanden und mehr als 20.000 Menschen kehrten Suhl den Rücken. „Gerade hier, wo man gegen Abwanderung und für die Jugend etwas tun müsste, entscheidet sich der Suhler Stadtrat für Kürzungen im Jugendbereich. Das ist nicht nachvollziehbar“, erklärt Philipp Weltzien, Abgeordneter der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, der seinen Wahlkreis in Suhl hat. Besonders betroffen von den Kürzungen in Suhl: Die Jugendklubs der Stadt, darunter das „Nordlicht“.

Hier treffen sich täglich zwischen zehn und zwanzig Mädchen und Jungen zu verschiedenen Aktivitäten. Von der Hausaufgabenbetreuung über Sportangebote bis hin zum Musikunterricht bietet der Klub vielfältige Möglichkeiten, sich zu engagieren und Neues auszuprobieren. Die

Kürzungen bei der Jugendförderung sind Teil eines neuen Jugendförderplans, der drastische Mittelkürzungen vorsieht. In den kommenden Jahren werden Stellen abgebaut, was zu einer Reduzierung der Angebote und einer Verschlechterung der Betreuungssituation führen wird. Besonders betroffen sind Jugendliche aus sozial schwachen Familien, die oft nicht auf die Unterstützung ihrer Eltern zählen können. Für viele sind die Jugendeinrichtungen ein Rückzugsort, um ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten und nicht allein zu sein. „Es ist ein Schlag ins Gesicht für die Jugendhilfe der Stadt Suhl“, so Weltzien.

Mitarbeitende frustriert

Auch die Mitarbeitenden des „Nordlichts“ widersprechen der Behauptung der Stadt, die Nutzerzahlen seien rückläufig. Sie betonen die Stabilität der Zahlen und den nach wie vor großen Bedarf an Unterstützung für die Jugendlichen. Wenn es dann vonseiten des Stadtrates heiße, man könne die Jugendarbeit ja auch ehrenamtlich vollziehen, dann scheint die Anerkennung umso geringer. „Es ist einfach nur bitter. Wir wussten, dass die Jugendarbeit schrittweise reduziert werden sollte. Der Plan war aber bis 2029. Dass der Abbau nun so rapide kommt, ist unverständlich“, erklärt André Strauß, Sozialarbeiter im Suhler „Nordlicht“. Man habe keinerlei Ankündigung gehabt, im Gegenteil. Im vergangenen Jahr wurden noch Mitarbeitende ein-

gestellt, die Küche und das Computer Kabinett erneuert. Hätte man die Information der schnellen Schließung früher erhalten, hätte man einen sanfteren Rückbau einleiten können, so Strauß. Für die betroffenen Mitarbeitenden des „Nordlichts“ und anderer Jugendklubs ist die Zukunft ungewiss. Die Stadt hofft, sie an anderer Stelle weiterbeschäftigen zu können, doch für viele stellt sich die Frage, ob sie in anderen Bereichen der Jugendarbeit tätig sein können. Auch für die Kinder und Jugendlichen selbst gibt es keine Alternative.

Die Suhler „Jugendschmiede“ wird es wahrscheinlich an einem neuen Ort und mit einem neuer Träger weiter geben, jedoch mit weniger Budget. Grundsätzlich sei die Nachricht der in der Stadtmitte liegenden „Jugendschmiede“ gut, jedoch weniger hilfreich für die Jugendlichen aus dem Norden. Wegen des Weges aber auch wegen der Sozialstruktur.

Großer Handlungsbedarf

Um die Jugendhilfe voranzubringen, braucht es das Zutun auf Landes- und kommunaler Ebene. Das Land stellt die finanziellen Mittel zur Verfügung, es liegt an den Kommunen, diese zielgerichtet zu nutzen. Vor allem in CDU-Kommunen besteht dort Handlungsbedarf. Und auch in der Landespolitik sind konstruktive Diskussion besonders schwer, wenn generelle Sparzwänge als Wahlkampfaktik von Parteien wie der CDU politisch durchgesetzt werden.